

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

auf Annahme einer EntschlieÙung

Humanitäre Aufnahme aus Moria jetzt

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die verheerenden Brände in dem EU-Asylhotspot in Moria auf der griechischen Insel Lesbos haben die ohnehin verzweifelten Lebensumstände der dort lebenden geflüchteten Menschen zerstört. 13.000 Menschen sind obdachlos, es fehlt an Versorgung mit Wasser und Lebensmitteln, an hygienischer Infrastruktur. Die Corona-Pandemie ist auch in Moria angekommen. Nach bisherigem Wissen sind mehr als 30 Menschen infiziert, die Krankheit droht sich unter diesen Umständen massiv auszubreiten.

Die Bereitschaft von zehn EU-Ländern und der Schweiz, angesichts dieser Katastrophe 400 minderjährige Geflüchtete aufzunehmen und umzuverteilen, ist unzureichend. Die Ankündigung der Bundeskanzlerin, nunmehr 1.500 Menschen in Deutschland aufzunehmen, ist ein begrüßenswerter Schritt hin zu einem substantiellen Beitrag Deutschlands.

Das Land Berlin hat sich schon mehrfach bereit erklärt, Geflüchtete aus den griechischen Lagern aufzunehmen und hat dafür sogar ein eigenes Aufnahmeprogramm nach § 23 Absatz 1 Aufenthaltsgesetz aufgelegt. Auch andere Bundesländer und Kommunen haben angesichts der humanitären Katastrophe auf Lesbos in den vergangenen Tagen erneut ihre Aufnahmebereitschaft erklärt.

Das Abgeordnetenhaus fordert den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, auf, die Aufnahme durch die Bundesländer jetzt zu ermöglichen.

Der Senat von Berlin wird darüber hinaus gebeten, folgende weitere Schritte zu unternehmen, um eine Aufnahme von Geflüchteten aus Moria zu organisieren:

- Familienzusammenführungen für Geflüchtete in Moria, die bereits Angehörige in Berlin haben. Dabei ist zu prüfen, ob auf eine Feststellung, dass die hier bereits lebenden Angehörigen den Lebensunterhalt nachziehender Geflüchteter aus Moria sichern können, unter den gegebenen Umständen und der atypischen Situation der Corona-Pandemie verzichtet werden kann. Das Landesamt für Einwanderung wird gebeten, Vorabverständnisse für die Visa-Erteilung infrage kommender Menschen aus Moria zu erteilen.
- Eine Aufnahme besonders dringlicher humanitärer Einzelfälle nach § 22 Aufenthaltsgesetz in Zusammenarbeit mit dem UNHCR und griechischen Hilfsorganisationen sowie NGOs aus Berlin zu organisieren und für infrage kommende Geflüchtete aus Moria Vorabverständnisse für die Visa-Erteilung auszustellen. Für solche Einzelfälle ist kein Einvernehmen mit dem BMI erforderlich.
- Die Berliner Aufnahmeanordnung dem BMI erneut vorzulegen, zusätzlich begründet mit der sich verschärft habenden humanitären Notlage und der Gefahr für Leib und Leben durch die Corona-Pandemie.

Viele deutsche Bundesländer und Kommunen sind bereit, jetzt sofort geflüchtete Menschen aus Moria zu evakuieren. Der Berliner Senat hat einen Bund-Länder-Gipfel gefordert, um eine solche kurzfristige Aufnahme zu vereinbaren. Das Abgeordnetenhaus unterstützt diese Initiative und fordert die Bundesregierung auf, ihre ablehnende Haltung aufzugeben und mit der griechischen Regierung eine Vereinbarung zu treffen, um schnell Geflüchtete aus Moria in die aufnahmebereiten Bundesländer sowie Städte und Gemeinden ausfliegen zu können.

Berlin, den 15. September 2020

Saleh Zimmermann
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Helm Schatz Schubert
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Jarasch
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen